



1998

Mit dieser Feststellung warnten Kommunisten nach der Abwahl von Helmut Kohl.

Keine sechs Monate später: Die BRD, vertreten durch die neu gewählte Bundesregierung von SPD und den Grünen, eröffnet am 24. März 1999 zusammen mit anderen NATO-Staaten den Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Achtundsiebzig Tage lang bombardierten sie ohne UNO-Mandat serbische Krankenhäuser, Schulen, Wasserwerke und Chemiebetriebe. Dieser erste Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung seit 1945 führte zu einer gezielt herbeigebombten Katastrophe. 60 zerstörte oder beschädigte Brücken, 110 Krankenhäuser, 480 Schulobjekte, 365 Klöster, das Fernsehzentrum, die Strom- und Wasserversorgung, 121 Industriebetriebe. 2500 Menschen fanden den Tod. Als besonders zynisches Kriegsverbrechen gilt bis heute neben dem Einsatz von über 30.000 Uran-Geschossen an über 80 Orten, die vorsätzliche Bombardierung der großen Chemiezentren in Pančevo, Novi Sad und Bor.

Seitdem folgen 20 Jahre, in denen die Militarisierung nach innen und nach außen Stück für Stück betrieben wurde. Sie soll nun zentralisiert werden durch die Schaffung eines „Nationalen Sicherheitsrates“ - eine Forderung, die Armin Laschet in seinem Regierungsprogramm hat, zumindest, wenn er bei der Konrad-Adenauer-Stiftung spricht. Dort weiter: Er bekräftige zudem die Forderung, Europa müsse weltpolitikfähig werden - durch strategische Geschlossenheit, aber auch indem ein Kerneuropa entschlossen vorangehe. Zudem könne nur „die Sprache der Macht sprechen“, wer auch die „Instrumente der Macht“ habe.



1932

warnte die KPD mit dieser Feststellung bei der Wahl des Reichspräsidenten davor, dass Hindenburg der Steigbügelhalter für Hitler werden wird - und der auf Krieg setzt. Wenige Monate später trat ein, wovor die KPD warnte: Das Großkapital hatte sich für Hitler entschieden. Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler.

Die Folgen sind bekannt.

Heute können wir nicht sagen, wer die Funktion eines Hindenburgs einnehmen wird und wer die Funktion eines Hitlers.

Aber was wir feststellen können ist:

Keine Regierung wird den Weg dorthin aufhalten, im Gegenteil. Nur wir haben die Macht dazu, mit einer im Kampf gegen Faschismus und Krieg, gegen Regierung und Kapital geborenen Arbeiterregierung.

Der Frieden ist nicht wählbar